

Leipziger Tageblatt

Morgen-Ausgabe

Handels-Zeitung

und
Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes
der Stadt Leipzig

114. Jahrgang

Bezugspreis: In Leipzig und Umgegend monatlich 1.00 M., vierteljährlich 2.80 M., halbjährlich 5.50 M., jährlich 10.00 M. (für Abnehmer monatlich 0.80 M., vierteljährlich 2.40 M., halbjährlich 4.80 M., jährlich 9.60 M.) Fernortszuschlag nach Posttarif. Auslandsendungen nach Posttarif. Druck- und Verlagskosten sind in den Preisen nicht enthalten. Bestellungen sind an den Verlag zu richten.

Anzeigenpreis: In Leipzig und Umgegend die erste Zeile 1.00 M., die zweite 0.75 M., die dritte 0.50 M., die vierte 0.25 M. Fernortszuschlag nach Posttarif. Auslandsendungen nach Posttarif. Druck- und Verlagskosten sind in den Preisen nicht enthalten. Bestellungen sind an den Verlag zu richten.

Hauptredaktion: Dr. Erich Goerth, Leipzig.

Nr. 276

Donnerstag, den 17. Juni

1920

Dr. Mayer-Kaufbeuren Reichskanzler

Ein Kabinett der Mitte

Zentrum und Demokraten sollen die Regierung bilden

Berlin, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Dr. Trimborn hat, wie wir hören, dem Reichspräsidenten Ober den Rat erteilt, den deutschen Geschäftsträger in Paris, Dr. Mayer-Kaufbeuren, mit der Neubildung des Kabinetts zu beauftragen. Der Reichspräsident hat diesen Rat angenommen. Herr Dr. Mayer-Kaufbeuren, der als Abgeordneter der Deutschen Volkspartei in den neuen Reichstag wiedergewählt ist, soll auf Grund eines Programms seine Mitarbeiter auswählen. Wie wir zuverlässig hören, ist bereits eine Liste von Männern, die zum Eintritt in ein solches Kabinett aufgefordert werden sollen, zusammengestellt; darauf steht auch ein Kandidat der Deutschen Volkspartei. Diese Liste hat natürlich nur nebenstehenden Wert, da erst auf Grund eines festen Programms des neuen Mannes die geeigneten Mitarbeiter zum Eintritt in das Kabinett aufgefordert werden können.

Berlin, 16. Juni. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Der Block der Mitte, den Herr Trimborn nicht angeht, hat, ist nicht gescheitert, sondern wird allerdings nur aus Zentrum und Demokraten bestehen, weil Dr. Heine den ihm angebotenen Posten des Justizministers abgelehnt hat. Immerhin dürfte, wie wir hören, die Deutsche Volkspartei dem Block der Mitte ihre parlamentarische Unterstützung nicht entziehen, sowie sein Programm nicht ihren eigenen Grundgedanken widerspricht. Man kann mit Sicherheit annehmen, daß Dr. Mayer der Reichskanzler des neuen Kabinetts sein wird, und daß das Kabinett, neben Demokraten- und Zentrumsparteianern, aus politisch neutralen Fachmännern bestehen wird.

Berlin, 16. Juni. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Zwei Versionen liegen uns die Mittagsstunden durch die Wandelgänge des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, wo es immer Leute gibt, die angeblich alles wissen und über die Zusammenhänge orientiert sind. Aus dem Optimismus der Zentrumsteile, welche verlauten lassen, daß Herr Trimborn in der Nachmittags-Fraktionssitzung des Zentrums, die um 3 Uhr beginnen sollte, bereits eine fertige Ministerliste vorlegen wollte, schließen die einen auf einen Block der Mitte — Zentrum, Demokraten und Deutsche Volkspartei — unter wohlwollender Neutralität der Sozialdemokraten, die anderen auf eine Wiederkehr der alten Koalition. Tatsächlich haben heute vormittag gar keine bindenden Verhandlungen stattgefunden, und nur die eine Tatsache kann man feststellen, daß der deutsche Geschäftsträger Dr. Mayer-Kaufbeuren, der bekanntlich der Bayerische Volkspartei angehört und sich lebhaft bemüht, die Bayerische Volkspartei immer mehr in den Vordergrund der politischen Bühne zu schieben, jetzt als der kommende Mann genannt wird. Vorläufig aber — und das erscheint uns als das Wichtigste — ist zu betonen, daß es sich noch gar nicht um Personfragen handelt, und daß noch gar keine Basis für ein Kabinett vorhanden ist.

Dr. Mayer nimmt den Kanzlerposten an

Berlin, 16. Juni. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) 11.30 Uhr abends. Gemäß dem gestrigen Vorschlag der Demokraten, die Regierung nicht wieder im Rahmen der Parteien gewissermaßen zwischen den Fraktionen auszuwählen, hat sich heute Trimborn in im Einvernehmen mit seiner Fraktion dazu entschieden, dem Reichspräsidenten einen Kanzler vorzuschlagen. Da freilich keine Reibung getrieben hat, den ihm angebotenen Posten zu übernehmen, hat Trimborn Dr. Mayer-Kaufbeuren, den derzeitigen deutschen Geschäftsträger in Paris, vorgeschlagen, dessen Einverständnis sich die Fraktion durch vorherige Rücksprache gesichert hat. Der Reichspräsident hat diesem Vorschlag zugestimmt und Herrn Dr. Mayer auch telegraphisch gefragt, ob er bereit sei, das Amt zu übernehmen. Die Antwort Dr. Mayers traf in der 11. Abendstunde in Berlin ein, wie wir hören, in vollkommenem Einverständnis. Die offizielle Ernennung Mayers zum deutschen Reichskanzler dürfte somit noch in dieser Nacht vollzogen werden.

Das neue sächsische Wahlgesetz

Einteilung Sachsens in 10 Wahlkreise.

Dresden, 16. Juni. (Drahtbericht unserer Dresdener Schriftleitung.) Wie wir hören, wird die für Ende dieser Woche zu erwartende Regierungsvorlage über das neue sächsische Wahlgesetz ein gegenüber der Wahl zum Reichstag wesentlich verändertes Verfahren vorschlagen. Zunächst ist eine veränderte Abgrenzung der Wahlkreise vorgesehen, und zwar derart, daß Sachsen in 10 Wahlkreise eingeteilt werden soll. Diese Einteilung würde dem von der Reichsregierung seinerzeit für die Wahlen zum Reichstag ausgearbeiteten Entwurf C entsprechen. Die neuen sächsischen Wahlkreise sollen sich folgendermaßen zusammensetzen: Der 1. Wahlkreis umfaßt die Kreishauptmannschaften Bayreuth mit den Städten Bayreuth und Jilkau; 2. Wahlkreis Stadt Dresden; 3. Wahlkreis Amtshauptmannschaften Pirna, Dippoldiswalde, Freyberg mit Stadt Freyberg, Dresden-N., Dresden-S.; 4. Wahlkreis Amtshauptmannschaften Großschönau, Reichen mit Stadt, Döbeln, Oschatz; 5. Wahlkreis Stadt Leipzig; 6. Wahlkreis Amtshauptmannschaften Leipzig-Land, Grimma, Borna und Rochlitz; 7. Wahlkreis Stadt Chemnitz; Amtshauptmannschaften Chemnitz und Jilkau; 8. Wahlkreis Amtshauptmannschaften Marienberg, Annaberg, Schwarzenberg; 9. Wahlkreis Stadt Jena; Amtshauptmannschaften Jena, Okaucha, Etzdorf; 10. Wahlkreis Stadt Plauen; Amtshauptmannschaften Plauen, Auerbach, Delitzsch. Die Zahl der Abgeordneten soll wie bisher 98 betragen, die auf Wahlkreise- und Landeslisten gewählt werden. Die Ermittlung der Mandate soll folgendermaßen geschehen: Die in den 10 Wahlkreisen insgesamt, und zwar auf die Listen sämtlicher Parteien abgegebenen Stimmen werden zusammengezählt und die Endsumme durch 98 geteilt. Dann gelten zunächst als gewählt jene Kandidaten der einzelnen Parteien, wievielmal die betreffende Partei im Wahlkreise den Quotienten erfüllt hat. Die übrigen Stimmen werden dann auf die Landesliste abgegeben. Die Verteilung der Mandate auf Grund der für die Landesliste zu-

ammenkommenden Stimmenzahlen geschieht dann, indem die von sämtlichen Parteien auf die Landesliste abgegebene Gesamtstimmzahl geteilt wird durch die Zahl der bei den Wahlen im Wahlkreise nicht erledigten Mandate, d. h. wenn in den Wahlkreisen beispielsweise nur insgesamt 50 Abgeordnete gewählt worden sind, dann bleiben 48 nicht erledigte Mandate übrig und die Gesamtstimmzahl der Landesliste wird durch diese Zahl, also durch 48, geteilt.

Die Vorbefprechung für Spa

Paris, 16. Juni. (Drahtbericht.) Die Konferenz in Bologna-sur-Mer zwischen Millerand und Lloyd George zur Vorbefprechung für Spa wird nächsten Montag beginnen und bis Dienstag mittag dauern. Der Finanzminister François Marsal, Marshall Joch und General Wegand werden daran teilnehmen.

Berlin, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Wie der „Ober-sächsische Wanderer“ erzählt, ist die Note, welche die Polen an Millerand betrafend Teilnahme an der Konferenz von Spa gerichtet haben, noch nicht beantwortet. England und Italien verhalten sich ablehnend; Italien behauptet, daß Polen in Spa als Störenfried wirken und den Zweck der Konferenz vereiteln würde.

Das endgültige Kabinett Giolitti

Rom, 16. Juni. (Agenten.) Das neue Kabinett hat sich wie folgt gebildet: Giolitti, Ministerpräsident und Inneres; Ciozza, Landwirtschaft; Rossi, Kolonien; Fera, Justiz; Ledesca, Finanzen; Rada, Schatz; Bonomi, Krieg; Cecchi, Marine; Croce, Unterricht; Peano, öffentliche Arbeiten; Micheli, Landwirtschaft; Alessio, Industrie; Pascualino-Vassallo, Post; Raineri, betriebl. Gebiete; Labriola, Arbeit. Die Minister haben dem König den Eid geleistet.

Die Koalitionskrise in Oesterreich

(Von unserem Wiener Mitarbeiter.)

Die Koalitionskrise in Oesterreich bestand schon seit Wochen im geheimen. Trotzdem überraschte der Ausbruch, und er ist — das kann man wohl sagen — gegen den Willen der führenden Kreise in beiden Koalitionslagern gekommen. Wohl hatten sich in grundlegenden Fragen, so in der Frage der Vermögensabgabe, der Verfassungsfrage und endlich auch hinsichtlich der neuen Wehrmacht, ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Koalitionsparteien, den Sozialdemokraten und den Christlichsozialen, eingestellt. Die legislative Behandlung namentlich der beiden ersten Fragen nahm daher einen überaus schleppenden Verlauf, und der jüngste Reichsratsberichtertrag hatte bereits den sozialdemokratischen Mitgliedern der Regierung ein Ultimatum dahin gestellt, daß sie aus der Regierung auszutreten hätten, wenn die Vermögensabgabe nach den Mindestforderungen der Sozialdemokratischen Partei nicht vor den Sommerferien erledigt wäre. Aber es waren schon Kompromißverhandlungen eingeleitet, die einen ganz befriedigenden Verlauf nahmen, und man war eigentlich in allen wesentlichen Punkten bereits zu einer Einigung gelangt, als plötzlich über einer ganz anderen Frage das Unwetter losbrach.

In erster Reihe muß man in dem Krisenausbruch eine Rückwirkung der deutschen Reichstagswahlen erblicken. Durch sie wurde eben die Stimmung in beiden Lagern, besonders aber bei der Sozialdemokratie, sehr gereizt. Der Anstoß der Krise ging von keiner der beiden Koalitionsparteien, sondern von den in Opposition befindlichen Großdeutschen aus. Der Staatssekretär für Heerwesen hatte jüngst einen Erlaß über die Widmung und die Ausgaben der Soldatenräte der neuen Wehrmacht herausgegeben. Der Tiroler großdeutsche Abgeordnete Sepp Straßner brachte nun in der Nationalversammlung diese Angelegenheit zu einer dringenden Anfrage an den Staatskanzler zur Sprache, indem er den Erlaß des Staatssekretärs Deutsch als ungesetzlich bezeichnete, da nach dem klaren Wortlaut des Wehrgesetzes dieser Erlaß nur von der Staatsregierung, d. h. von der Gesamtheit der Staatssekretäre herausgegeben werden dürfte. Nachdem diese Angelegenheit einmal zur Sprache gebracht war, mußten nun auch die Christlichsozialen Farbe bekennen, und sie taten es, indem sie sich glatt auf den Standpunkt der Großdeutschen stellten. Noch ehe der Erlaß des Staatssekretärs Deutsch das Licht der Öffentlichkeit erblickt hatte, hatte der Christlichsoziale Unterstaatssekretär für Heerwesen Waßl mündlich und schriftlich seinen Protest gegen den Erlaß eingelegt. Aber auch über diese Streitfrage war man innerhalb der Koalition eigentlich schon zu einem Kompromiß gekommen. Danach sollte die Verfügung des Staatssekretärs Deutsch aufrechterhalten bleiben, aber die Wahlen zu den Soldatenräten verlagert werden. Es war nun ein kritisches Zusammentreffen, daß der Mann, der für die Christlichsozialen die Kompromißverhandlungen geführt und alle Fäden in Händen hatte, Professor Seipel, vor einigen Tagen durch einen Sturz von der Straßenbahn sich verletzt hatte und der Sitzung der Nationalversammlung nicht beimohnen konnte.

Von sozialdemokratischer Seite wurde die Stellungnahme der Christlichsozialen als Inoyalität empfunden, und so kam es zu der provozierenden Aeußerung des Sozialisten Leutner, daß die Christlichsozialen ja immer Gegner der Sozialdemokratie gewesen seien und nur unter den Drohungen der Sozialdemokratie und unter dem Eindruck des Kapp-Putsch, der sich gerade zur Zeit der Verhandlung über das Wehrgesetz ereignet hatte, zusammengeknickt seien und das Wehrgesetz mit den Soldatenräten geschluckt hätten. Sofort erklärte der Christlichsoziale Kurschak, unter dem stürmischen Beifall seiner Gefolgsgenossen und der Großdeutschen, in den dann auch die Sozialdemokraten demonstrativ einstimmten, daß, wenn diese Erklärung Leutners der Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei sei, die Koalition noch heute aufgehört habe zu bestehen.

Sofort nach der Erklärung Leutners begaben sich die Christlichsozialen Parteivorsitzender Vizekanzler Fim und Dr. Weiskirchner zu den Obmännern der Sozialdemokratischen Partei, Dr. Friedrich Adler und Dr. Otto Bauer, und der Frage, ob sich die Sozialdemokratische Partei mit der Aeußerung Leutners identifiziere. Die Antwort lautete, daß dies nicht der Fall sei, und die Krise hätte noch in diesem Augenblick beigelegt werden können. Aber man wollte noch ein weiteres tun, und auf Wunsch des Staatskanzlers Renner, Bauers, Scharets und der Gewerkschaftsführer sollte diese Erklärung des Parteivorstandes von der Partei selbst bekräftigt werden. In die spä Abends einberufenen Parteisitzung plädierte jedoch die Grazer Genossen hinein, die über die Grazer Vorgänge aus äußerster Erregung waren, und die Stimmung schlug plötzlich um. Es erfolgte der Beschluß, daß die sozialdemokratischen Vertreter aus der Regierung auszutreten hätten, worauf natürlich nichts weiter übrig blieb, als die Gesamtdemission des Kabinetts. So war also die Koalitionskrise doch noch akut geworden.

Wird die Koalition noch einmal gestiftet werden, zum dritten Male? Es wird diesmal nicht so leicht sein, weil die Sozialdemokraten erklären, sie müßten jetzt auf der Forderung beharren, daß der Erlaß des Staatssekretärs Deutsch als gesetzmäßig anerkannt werde, während die Christlichsozialen erklären, daß er nach dem klaren Wortlaut des Gesetzes gesetzmäßig sei. Daß die beiden bürgerlichen Parteien die Regierung übernehmen, erscheint ausgeschlossen. Ebenso daß die Sozialdemokraten allein die Regierung übernehmen könnten. Wenn also kein Ausweg gefunden wird, bleibt nichts anderes übrig, als eine Beamtenregierung auf Sektionschef zu ernennen, ein Auskunftsmittel, zu dem man in der kaiserlichen Zeit ja nicht selten gegriffen hat. Aber selbst-

Die Braunkohle

Berichte von einer Informationsreise ins mitteldeutsche Braunkohlenlager.

Dr. Fl. Die Entwicklung der modernen Industrie seit Erfindung der Dampfmaschine, seit Einführung der mechanischen Webstühle in der Textilindustrie geht dahin, menschliche Arbeitskräfte durch Maschinen zu ersetzen, um dadurch die Produktion zu steigern. Die gewaltige Ausdehnung der Kraft- und Werkzeugmaschinen-Industrie beweist es. Nur auf dem Gebiete des Bergbaues war die Verwendung von Maschinen beschränkt. Der Betrieb der Förderanlagen, der Wasserhaltung und Luftzuführung ließ sich mechanisch weiter ausbauen; aber die eigentliche Bergmannsarbeit, die Gewinnung von Kohle und Erz in der Tiefe der Erde, bildete fast nie die mechanische Arbeit. Vor wenigen Jahren: besonders günstigen Verhältnissen war für die eigentliche Kohlegewinnung die Verwendung von Maschinen möglich. Im allgemeinen verwenden wir nur die Kohle und Schmelzen das Eisen, das mit der Hände Arbeit, mit Hammer und Brecheisen, der Erde abgetrieben ist. Nur der Braunkohlenbergbau macht hier, weil er als Tagebau an der Oberfläche der Erde vor sich geht, eine Ausnahme. Bei der Braunkohlegewinnung fanden mechanische Einrichtungen immer mehr Eingang. Die Befestigung der großen Erdrassen über dem Kohlenlag, des Abbaus wie der Förderschächte, die Ausschöpfung des frei liegenden auskuppelnden Trügschichtes, liegen Waggearbeit mit all ihren Nebenumständen wie Förderbahnen, Gleisräummaschinen und dergl. in weitestem Umfange zu. Die Arbeiter im Braunkohlenbergbau sind daher, obwohl sie fast alle Bergarbeiter nennen, eigentlich keine solchen, wenigstens nicht im engeren Sinne. Sie sind zu einem überwiegenden Teile ungelernete oder angelehrte Arbeiter. Jedenfalls übertrifft deren Zahl die der eigentlichen Bergarbeiter bei weitem.

Der Abraumtrieb, also die Befestigung der Erdrassen über dem Flöz, wäre heute ohne mechanische Einrichtungen unmöglich. Für ihn wäre im Handbetriebe eine derartige Anzahl Arbeiter erforderlich, daß die Lohnkosten durch keine Kohlenpreiserhöhung heringeholt werden könnten. Auch die Kohlegewinnung selber erfolgt fast überall durch Waggearbeit. Auf einzelnen Betrieben wie z. B. den Anhaltischen Kohlenwerken wird die Kohle noch im Handbetriebe gewonnen, indem man von dem schon angeführten Flöz die mit der Sacke abgebaute Kohle im sog. Schartenbetriebe herabträgt und läßt sie dann mit Förderwagen weitertransportiert. Aber nur besondere Verhältnisse, wie sie eben bei den genannten Kohlenwerken vorliegen, und wie ich sie auch an einer Stelle eines Tagebaus des Mittelkennens im Oelsfeld bei Halle bemerkte, lassen einen derartigen Abbau zu. Auf jeden Fall aber bleibt dann die Kohlenförderung von der persönlichen Leistungsfähigkeit des einzelnen Händers vollkommen abhängig, wie das ja im Tiefbau überhaupt der Fall ist. Bei der mechanischen Gewinnung der Kohle kommt dieses Moment weit weniger in Betracht: Der Waggearbeiter greift gleichviel Kohle, ob der Arbeiter auf oder schlecht zur Arbeit disponiert ist, und die mechanisch betriebene Förderbahn läßt einen Zug so schnell wie den andern. Die Arbeiterverhältnisse, wie sie durch die Revolution geworden sind, werden die Unternehmen dazu zwingen, auf den Ausbau der mechanischen Einrichtungen immer mehr Wert zu legen, sobald nur die Materialpreise einigermaßen erschwinglich geworden sind.

Wie in der ganzen Industrie sind auch im Bergbau die Arbeiter jetzt Lebewesen geworden. Zunächst kommen, wie überall, die Lohnfragen in Betracht. Die Eöhne im Kohlenbergbau sind geringe wie in allen Industriezweigen. Nach dem augenblicklich geltenden Tarif schwankt die Bezahlung für Braunkohlenarbeiter im Mitteldeutschen Bezirk zwischen 20 und 30 Mark pro Kopf und Schicht, je nach der Frau 2 Mark, für jedes Kind 1 Mark pro Schicht mehr erhalten. Das Einkommen eines erwachsenen, unverheirateten Arbeiters (jugendliche bekommen natürlich weniger) schwankt also zwischen 9000 und 10000 Mark, das eines verheirateten mit drei Kindern zwischen 10000 und 11000 Mark. Besonders angestrengte Arbeiter, wie die in der meistbetrieblen Wasserhaltung oder bei der Naphthalinfabrikation, erhalten weitere Zulagen. Daß die Bezahlung für jugendliche und unverheiratete Arbeiter ausreicht ist, beweist der mehrfach von mir an einem Leiharbeiter beobachtete Umstand, daß sofort, namentlich bei den Arbeitern, nicht gerade billige Waren gekauft wurden. Zu berücksichtigen ist weiter, daß allen Arbeitern, mit Ausnahme wohl der Abraumleute, ein sehr erhebliches Quantum von Kohle zur Verfügung gestellt wird. Die sog. Depulakohle, und zwar achtzig Zentner Weichkohle für Verheiratete und bald soviel für Ledige im Winterhalbjahr. Weiterhin sind die Unternehmen bestrebt, den Arbeitnehmern, meist unter erheblichen eigenen Zuschüssen, billige Lebensmittel und Kleidung zu verkaufen. Dieser Punkt bereitet gerade jetzt bei dem allgemeinen Preisrückgang vielen Werken große Kopfschmerzen, da die teuer eingekaufte Ware auch zu den herabgesetzten Preisen noch die jetzigen Marktpreise übersteigt. Trotzdem wird von einem Teil der Arbeiterschaft eine Lohnerbhöhung auf das Doppelte der jetzigen Höhe gefordert, eine Forderung, die ich nicht nur aus Unternehmerkreisen höre, sondern auch von Arbeitern selbst. Die Zeit nach den Wahlen soll zu einer neuen Lohnbewegung benutzt werden, wobei von den radikalen Agitatoren politische und wirtschaftliche Ziele wieder verknüpft werden sollen. Wie weit die Tatsachen sich wirklich so gestalten werden, wird die Zukunft lehren. Daß eine solche Bewegung nicht nur die Braunkohlenindustrie auf schwerste schädigen dürfte, sondern wie sehr die gesamte deutsche Volkswirtschaft darunter leiden würde, bedarf keines Beweises. Die gegenwärtige abwärts gerichtete Konjunktur ist jedenfalls wenig geeignet, solche Lohnkämpfe zu vertagen.

Hier wäre es Aufgabe der Betriebsräte, beruhigend und belehrend einzugreifen. Das Urteil über die Betriebsräte lautet auf den einzelnen Werken verschieden. Ganz zufrieden ist keiner damit, aber die politische Notwendigkeit der Einrichtung wird anerkannt, und man sucht sich damit abzufinden. Teilweise ist das Verhalten der Betriebsräte durchaus vernünftig. Aber es fehlt ihnen noch die Tradition, die einzelnen wissen noch nicht, was sie eigentlich sollen, und es hängt ganz von der geistigen Qualität der in die Räte entsandten Arbeiter ab, ob ein ruhiges Arbeiten gemächlicher ist oder nicht. Vielfach schwimmen die Räte ganz im totalen Fahrwasser oder versteifen sich auf die Abstellung kleiner angeblicher Mängel, ohne den Blick für die großen Aufgaben eines Braunkohlenwerkes zu heben. Der Ausbruch der Revolution brachte auch dem Braunkohlenbergbau die schändliche Arbeitszeit, die meisten Werke gingen allmählich dazu über, an Stelle der bisherigen zwei Schichten deren drei am Tage zu verfahren zu lassen. Einfach war diese Umstellung nicht. Denn dazu gehörte mindestens die Hälfte Arbeiter mehr als bisher beschäftigt waren. Diese fanden nicht nur nicht zur Verfügung, es trat mit Ausbruch der Revolution vielmehr ein außerordentlich empfindlicher Arbeitermangel dadurch ein, daß die jährlich beschäftigten Kriegsgefangenen sich mit einem Schloge weiter zu arbeiten. Zum Teil waren diese kausierenden, aber gute Verpflegung verlangenden Leute bei den Werken monatelang zur Last. Es war aber überhaupt für die Unternehmen schwerer, deutsche Arbeiter an Stelle der meist im Abraumbetriebe, also mit Erdbarbeiten beschäftigten Gefangenen zu bekommen. Denn auch vor dem Kriege waren hier vorwiegend Ausländer: Italiener, Polen usw. beschäftigt. Mit der fortschreitenden Demobilisierung gelang jedoch diese Umstellung zur Zufriedenheit.

Die Leistung des einzelnen Arbeiters ist entschieden gegen die Friedenszeit zurückgegangen, diese Feststellung kann man an allen Werken machen. Aber der Rückgang ist seit einiger Zeit überwunden. Namentlich in letzter Zeit hat sich die Leistung pro Mann und Schicht, wie es scheint, geboben. Die Leistung der Werke hat den Friedensstand wieder erreicht, zum Teil sogar übertraffen. Das war trotz der geringen Arbeitskraft des einzelnen Arbeiters nur durch eine starke Vermehrung der Arbeiterkraft möglich. Diese hat sich bei sehr vielen Werken aber die wegen der Einführung der Achtstundenschicht notwendige Zahl hinaus erheblich gesteigert. Das Verhältnis von Ueberflüssigen zur Steigerung der Produktion hat natürlich seine Schwächen: es ist vielfach geübert worden, und von der Regierung sind besondere Festsetzungen für Ueberflüssigen — Festsetzungen nennt sie der Bergmann — gemacht worden. Aber bei drei Schichten von je acht Stunden am Tage lassen sich beim besten Willen keine Ueberflüssigen mehr einlegen. Und da die Sonntage meist zur Reparaturarbeiten gebraucht werden, so werden die Ueberflüssigen wohl größtenteils auf dem Papier lebenbleiben.

Nach einer Statistik des deutschen Braunkohlenindustrievereins in Halle waren im Jahre 1914 auf den mitteldeutschen Werken durchschnittlich

über 43 000 Arbeiter beschäftigt. Diese Zahl nahm in den nächsten Jahren langsam zu bis auf 53 000 im Jahre 1918. Dazu kommen aber seit 1915 durchschnittlich 25 000 Kriegsgefangene. 1919 tritt dann die große Umwälzung ein, die Kriegsgefangenen verschwinden bis auf einen kleinen, nicht in Betracht kommenden Rest, dagegen wächst die Zahl der deutschen Arbeiter auf fast 113 000 im letzten Quartal. Die Arbeitsleistung entspricht nicht dieser Vermehrung. Im ersten Kriegsjahre wurden 34 Mill. Tonnen Braunkohle gefördert und 14 Mill. Tonnen Weichkohle hergestellt. Im Jahre 1919 lauten diese Zahlen 66 und 13. Immerhin ist dieses Verhältnis dem Steinkohlenbergbau gegenüber sehr günstig. Interessant ist die Feststellung, daß zwar während des ganzen Krieges Weichkohle ins Ausland geliefert wurde, daß dieses Quantum aber niemals ein Prozent der hergestellten Menge erreichte. Im letzten Jahre lag das Auslandgeschäft ganz daneben.

Sächsische Volkammer

(Drahtbericht unserer Dresdner Schriftleitung.)

Dresden, 16. Juni.

Am Ministertisch: Ministerpräsident Bock, die Minister Köhn, Dr. Reinhold und Kommissare.

Präsident Fröhner eröffnet die Sitzung kurz nach 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst eine sozialdemokratische Anfrage über die Revision der Gebührensätze für Amtshandlungen der inneren Verwaltung.

Hg. Gumpel (Soz.) begründet die Anfrage und führt aus, daß sich die jetzigen Sätze unter keinen Umständen mehr aufrechterhalten lassen. Ministerpräsident Dr. Schulze teilt im Namen der Regierung mit, daß der Kammer demnächst eine Vorlage in diesem Sinne zugehen wird.

Die Anfrage wird an den Haushaltsausschuß B überwiesen. — Sodann steht auf der Tagesordnung ein Antrag des Hg. Dr. Wagner (Dnt.) auf Erlass eines Gesetzes gegen Entschädigung der durch das kgl. Schreiben Erbeben geschädigten Einwohner des Vogtlandes und ein Antrag des Hg. Günther (Dnt.) wegen Vorlage eines

Zumuttschäden-Notgesetz.

Beide Anträge werden zusammen beraten.

Hg. Dr. Wagner (Dnt.): Auf eine schriftliche Anfrage hat die Regierung bereits geantwortet, daß es Sache der Gemeinden sei, helfend einzugreifen. Der Redner geht dann auf das Reichszumuttschädengesetz ein, wonach es den Anschein hat, daß die Sache jetzt rechtsgesetzlich zu regeln sei, da die Länder außerstande sind, besondere Gesetze zu erlassen. Wir haben nichts dagegen, daß unser Antrag dem Haushaltsausschuß B zur Beratung überwiesen wird.

Hg. Günther (Dnt.): Die Rat im Vogtlande rechtfertigt unseren Antrag. Die besonderen Verhältnisse des einzelnen Beschädigten und die bereits vorliegenden Forderungen aus dem Vogtlande müssen berücksichtigt werden genau so, wie man auch Leipzig geboten hat. Wir unterstützen den Antrag Wagner und fordern noch darüber hinauszufragen. Die demokratische Fraktion hat es an nicht fehlen lassen, die Regierung aufzufordern, sofort dem Reichszumuttschädengesetz ein Ende zu machen. Wenn es nicht geschieht, so ist die demokratische Fraktion nicht daran schuld.

Ministerpräsident Dr. Schulze: Im Namen der Regierung bitte ich den Antrag abzulehnen. Eine andere Frage ist, ob Ansprüche erhoben werden können. Ein schiedsrichterliches Verzeichnis der Regierung liegt im Gegenlag zu der Darstellung des Hg. Dr. Wagner nicht vor. Ueber das Zumuttschädengesetz hinaus kann der Staat also nicht verpflichtet werden Hilfe zu leisten. Etwas anderes ist es, ob er sich dazu freiwillig bereitfindet.

Nach Ablehnung der Anträge durch die Hg. Gumpel (Soz.) und Fellisch, sowie nach scharfen persönlichen Auseinandersetzungen zwischen Wagner, Fellisch und Anders wird der Antrag dem Haushaltsausschuß B überwiesen. — Als letzter Punkt steht auf der Tagesordnung ein unabhängiger Antrag über die

Auflösung der Zeitfreiwilligenformationen

und ein Erlass eines Amnestiegesetzes. Hg. Menke (Unabh.) begründet den Antrag, polemisiert gegen die Schutzhaft und behauptet, daß die Regierung auch nicht anhebend ihre Verpflichtungen gegenüber den Zeitfreiwilligen und dem Erlass von Amnestie erfüllt habe.

Ministerpräsident Bock: Ich habe am 5. Mai erklärt, daß die bisherige Politik weitergeführt werden solle. Dabei bleibe ich und werde auch dabei bleiben. General Maercker ist nicht mehr im Dienste, daher ist es zwecklos, über ihn zu reden. Außerdem kann General Maercker keine Wühler eines Hochverrats nachgewiesen werden. Es ist selbstverständlich, daß nicht alle begnadigt werden können, besonders nicht die Verbrecher. Jeder Fall aber wird geprüft, ohne daß die politische Meinung des einzelnen dabei berücksichtigt wird. Noch niemals sind so viele Niederschlagungen erfolgt, noch nie wehrfähigere Begnadigungen — oft auch unter schweren Bedenken — vorgenommen worden, wie nach dem Kapp-Putsch. Ich habe die Furcht, daß der Erfolg nicht besonders sein wird, denn es ist festgestellt worden, daß bisher ein Erfolg auch bei Amnestien ausgeblieben ist. Die Zeitfreiwilligenformationen sind aufgelöst, ebenso die Abwicklungsstellen. Am nächsten Sonntag werde ich Besprechungen mit den politischen Parteien in Leipzig haben über militärpolitische Fragen. Es sind mehrere laufend Besuche abgeleitet und vernichtet worden.

Justizminister Dr. Harms: Der Entwurf eines Amnestiegesetzes liegt bereits dem Reichsausschuß der Volkammer vor. Hg. Dr. Menke-Maercker (Dnt.): Oester hat sich der Hg. Liebmann zur Demokratie bekannt, heute hat sich Fraktionsgenosse Menke das gerade Gegenteil von Demokratie bargelegt. Wenn man die obgelegenen Sachen nach ihrer Herkunft ansieht, kann erkennt man, daß links viel mehr Waffen stecken als rechts. Vielleicht ändert sich die Regierung einmal über die Waffenabgabe in Leipzig, aber die verschwandene Munition, aber die in den letzten Tagen bei Leipzig gestohlenen Maschinen-gewehre. Wenn man die Zeitfreiwilligen-Kompanien auflöst, dann muß man auch die Arbeiter-Kompanien in Leipzig auflösen. Hat man die Angehörigen dieser Kompanien denn zu der Verfassung verpflichtet? Eine Amnestie muß immer eine Ausnahme bleiben. Ich erkenne an, daß die Regierung ihre Pflicht getan hat.

Nachdem noch die Hg. Wäber (Dnt.), Rammelsberg (Dnt.) gegen den Antrag und Fellisch dafür gesprochen haben, wird der Antrag in sofortige Schlußberatung genommen und der Antrag durch die Ansprache für erledigt erklärt. Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung: Donnerstag, den 17. Juni, nachmittags 1 Uhr. Tagesordnung: Gesetz über die Kosten für die Ueberwachungs-ausschüsse, Errichtung eines Forschungsinstituts für Lederindustrie.

Letzte Handelsnachrichten

e. Die Frankfurter Abendbörse hatte ein stillies Geschäft. Deutsche Erdöl 642-648, Haidberg 270, Kolonialanteile 6200, Süddeck-Phosphat 1925, Rheinische Stahlwerke 338 (+ 8), Daimler 218 (+ 5), Siemens & Halske 200,25 (+ 3), Lössenweider Metallwerke 414 (+ 4), Schantungbahn 682, Otavi-Anteile 770 A, Genußscheine 600 A, Neu-Guinea 660 (+ 10), Dresdner Bank 177 (+ 3,50), Diagon-Gesellschaft 205,50, Deutsch-Überssee 765 (- 10), Ragnarska 79,75, Spruz, Rumänien 155, 1911er Türken 64,50, Westeregeln 642, Luxemburger 280, Kleyer 222,50, Hapag 188, Höchster Farbwerte 350.

* Kopenhagen, 16. Juni. Sichtwechsel auf Stockholm 129,50, Christiania 108,75, Hamburg 15,25, London 28,57, Paris 46,50, Antwerpen 48,50, Schweiz. Plätze 109,00, Amsterdam 215,25, Helsingfors 27,50, New York 598,00.

* Stockholm, 16. Juni. Sichtwechsel auf London 18,20, Berlin 11,75, Paris 83,50, Brüssel 37,00, Schweiz. Plätze 84,00, Amsterdam 167,00, Kopenhagen 77,75, Christiania 80,50, Washington 463,00, Helsingfors 22,00.

* Amsterdam, 16. Juni. Wechsel auf London 10,97%, Berlin 7,10, Paris 21,60, Schweiz 50,85, Wien 1,95, Kopenhagen 46,75, Stockholm 60,90, Christiania 48,56, New York 277%, Brüssel 22,50, Madrid 46,00, Italien 16,00.

Sport

Student der Leibesübung

Von und, rez. univ. Walter Wedemann.

Student, sonntlicher Turnstunden. Ich schau an dem Fenster meines neu, mit dem ich mich bezeichne nach in den Schülern der Turnstunden. Ich sehe die Studenten, die durch die Hingabe und Hingabe der Turnstunden, weilsch, weilsch, in ein gemütliches Zimmer umgewandelt worden ist. Am 1. Juni feierten die Turnstunden ein Jubiläum, das ich nicht vergessen möchte. Die Turnstunden sind ein volles Dutzend Jahre alt, und ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe.

Die Turnstunden sind ein volles Dutzend Jahre alt, und ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe.

Die Turnstunden sind ein volles Dutzend Jahre alt, und ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe.

Die Turnstunden sind ein volles Dutzend Jahre alt, und ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe.

Die Turnstunden sind ein volles Dutzend Jahre alt, und ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe.

Die Turnstunden sind ein volles Dutzend Jahre alt, und ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe.

Die Turnstunden sind ein volles Dutzend Jahre alt, und ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe.

Die Turnstunden sind ein volles Dutzend Jahre alt, und ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe.

Die Turnstunden sind ein volles Dutzend Jahre alt, und ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe.

Die Turnstunden sind ein volles Dutzend Jahre alt, und ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe.

Die Turnstunden sind ein volles Dutzend Jahre alt, und ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe.

Die Turnstunden sind ein volles Dutzend Jahre alt, und ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe.

Die Turnstunden sind ein volles Dutzend Jahre alt, und ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe.

Die Turnstunden sind ein volles Dutzend Jahre alt, und ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe.

Die Turnstunden sind ein volles Dutzend Jahre alt, und ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe.

Die Turnstunden sind ein volles Dutzend Jahre alt, und ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe.

Die Turnstunden sind ein volles Dutzend Jahre alt, und ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe.

Die Turnstunden sind ein volles Dutzend Jahre alt, und ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe.

Die Turnstunden sind ein volles Dutzend Jahre alt, und ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe. Ich möchte mich an die Turnstunden erinnern, die ich mit ihnen erlebt habe.

Amtliche Bekanntmachungen

Verkauf von Quark und Käse

Waf die Marken 7 und 8 Handelsmarken für Quark... 150 g Quark ohne Rahm... 1.10 M. das Stück...

Bekanntmachung

Ueber die Neuordnung des Leipziger Volksschulwesens sowie über die Öffentlichkeit der Schulaufsicht...

Bekanntmachung

Die Wirtschaftliche Privatbank u. G. und die Firma George Meyer, Leipzig, haben den Antrag gestellt...

Bekanntmachung

Am 12. Juni 1920 hat das Handelsregister in Leipzig... die Gesellschaft aufgelöst...

3. die Errichtung und der Erwerb solcher Anlagen, welche geeignet sind, die vorbestimmten Zwecke zu fördern...

Im das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 19089 die Firma...

Im das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 19095 die Firma...

10. Juni 1920 errichtet. (Angegebener Geschäftszweig: Warenhandel und Kommissionsgeschäft)...

Im das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 19089 die Firma...

Im das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 19095 die Firma...

11. Juni 1920 errichtet. (Angegebener Geschäftszweig: Warenhandel und Kommissionsgeschäft)...

Im das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 19089 die Firma...

Im das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 19095 die Firma...

Sächsische Nachrichten

* Coburg, 15. Juni. Der Kopf einer Leiche wurde heute morgen gegen 8 Uhr von Bahndienstleuten auf dem Schneefeld...

* I. Schwarzenberg i. Erzg., 15. Juni. Tot aufgefunden wurde in einem Steinbruch am Rodehain der 16 Jahre alte Schlofferlehrling...

* I. Oberneufundeburg i. Erzg., 15. Juni. Einen Raubmordversuch verübte in einer der letzten Nächte ein Unbekannter in der Wohnung...

Aus den Nachbarstaaten

do. Halle, 16. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die norddeutsche Knappschloßpensionskasse in Halle kaufte in Wendefurth im Harz das...

Recht und Gericht

* Das Verleihen Dr. Hemmbergers. Ueber das Verleihen des erkrankten Oberlehrers Dr. Hemmbergers, aber dem bisher Heffers...

* Ein einjähriges Rezept. Ein Rezept, wie es wohl kein anderer Arzt je wieder verordnet hat, wurde von dem Leipziger...

* Ein einjähriges Rezept. Ein Rezept, wie es wohl kein anderer Arzt je wieder verordnet hat, wurde von dem Leipziger...

* Ein einjähriges Rezept. Ein Rezept, wie es wohl kein anderer Arzt je wieder verordnet hat, wurde von dem Leipziger...

Bermischtes

Die Londoner Modelle im Lohnkampf. Bei uns haben die Rüstlermodelle schon längst ihre Preise beträchtlich erhöht...

Ein einjähriges Rezept. Ein Rezept, wie es wohl kein anderer Arzt je wieder verordnet hat, wurde von dem Leipziger...

Ein einjähriges Rezept. Ein Rezept, wie es wohl kein anderer Arzt je wieder verordnet hat, wurde von dem Leipziger...

Ein einjähriges Rezept. Ein Rezept, wie es wohl kein anderer Arzt je wieder verordnet hat, wurde von dem Leipziger...

Öffentliche Versteigerung

Gonnabend den 19. Juni 1920 nachmittags 1 1/2 Uhr im Börsensaal zu Leipzig meißelndes für Nachtrag belien...

200 Zentner Rohrübenmehl 200 Zentner Lohfluppe

Sparkasse Wahren

Geschäftszeit von 8-12 Uhr.

Statt Karten. Meine Verlobung mit Fräulein Gertrud Clauß, Zeltz, beehre ich mich anzukündigen. Curt Rohde, Rittergutsbesitzer, Untermosa b. Teuchera, im Juni 1920.

Die Verlobung ihrer einzigen Tochter Charlotte mit Herrn Israel Kestenbaum aus London zeigen an Dr. Kirsch und Frau Fanny geb. Kirsch. Berlin W 50, Juni 1920 Gutsbergstr. 35

Charlotte Kirsch Israel Kestenbaum Verlobte. Berlin W 50 Gutsbergstr. 35 London E. C. 1 184 Aldersgate Street.

Ihre Verlobung geben bekannt Rudolf Fülling Hermine Fülling geb. Otto Leipzig-Plagwitz, 14. Juni 1920 Hohenschönberg i. West. Karl Heise-Strasse 17 II. Hans Otto.

Mag Unger Martha Unger dem. Verlobte geb. Göttsche Leipzig-Lindenau, Markt 2, 15. Juni.

Heute verschied nach langem, schwerem Leiden meine geliebte Gattin, unsere teure Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante Frau Ida Sobelmann im 60. Lebensjahre. Dies zeigt tiefbetrübt an im Namen sämtlicher Hinterbliebenen Channil Sobelmann. Leipzig, den 16. Juni 1920. Die Beerdigung findet Freitag, den 18. Juni, mittags 12 1/2 Uhr auf dem israelitischen Friedhof statt.

Unter treuer Hand Herr Hermann Otto Schönborn Inhaber einer Zigarren-Fabrik (in am Heimgasse) hat am 15. Juni 1920 seinen letzten Ruhe eingezogen. In treuer Hand Die Hinterbliebenen: Hermann, Wilhelm, Fritz, den 15. 6. 1920. Beerdigung Donnerstag, den 17. 6., nachm. 3 Uhr auf dem Friedhof Heimgasse.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine langjährige Frau und treue Begleiterin, unsere liebe Tochter, Schwester und Schwägerin, Frau Elsa Kirsch geb. Sellmann nach 70jähriger schwerer Krankheit sanft entschlafen ist. Leipzig, Schillerstr. 38, am 16. Juni 1920. In tiefer Trauer Julius Kirsch nebst Kindern, zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Gonnabend, den 19. Juni, nachm. 1 1/2 Uhr von der Kapelle des Friedhofes aus statt. Verlobung: Gustav Kirsch geb. Kirsch, Leipzig, Schillerstr. 38, am 16. Juni 1920.

Dr. med. Fritz Härtling Spezialarzt für Chirurgie u. Orthopädie Johannigasse 8 verweist bis inkl. 6. Juli.

Heute nacht verschied plötzlich und unerwartet unser Sohn, Bruder, Schwager und Onkel Herr Edmund Keßler im 21. Lebensjahre. Dies zeigt tiefbetrübt an Leipzig, den 16. Juni 20. Haydnstr. 6. Carl Keßler und Frau im Namen sämtl. Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Sonnabend, den 19. d. M., 11 Uhr von der Kapelle d. Gohliser Friedhofes aus statt. Gültig zugesandten Blumenschmuck bitte bei der Beerdigungsanstalt M. Ritter, Matthäikirchhof 32 abzugeben. Von Beerdigungsbesuchen bitten wir absehen zu wollen.

Dank. Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Hinscheiden unseres teuren Kutschmannen, des Gastwirtes Johann Schmolke sagen wir allen Bekannten, Gästen, Hausbewohnern sowie den Vereinen Leipziger Gastwirte und Leipzig und Umgebung unsere herzlichsten Dank. Die trauernden Hinterbliebenen. Leipzig, den 16. Juni 1920.

Nach-Verein zu Leipzig. Mittwoch, d. 23. Juni, abends 8 Uhr, im Übungsraum außerordentliche Hauptversammlung. Tagesordnung: Rechnungsabrechnung, Verabschiedung mit dem Vorstand.

Der Vorstand. Dr. med. Fritz Härtling Spezialarzt für Chirurgie u. Orthopädie Johannigasse 8 verweist bis inkl. 6. Juli.

Dr. med. Fritz Härtling Spezialarzt für Chirurgie u. Orthopädie Johannigasse 8 verweist bis inkl. 6. Juli.

Ersatz für die Angestellten - Versicherung bietet die Lebensversicherung ohne Arzt, Unterzuchung der 'Friedrich August' in Leipzig Bureau: Georgiring 6b. Fernspr. 3906.

Rucksäcke in allen Größen und Ausführungen mit Leder-Tragriemen von Mk. 5.- an Sämtliche Reiseartikel F. A. Winterstein, Hainstr. 2 Koffer- u. Lederwaren-Fabrik

Sitzung der Stadtverordneten

Beschluß der Gründung eines bewaffneten Ortschutzes

Die Leipziger sind wieder einmal außerordentlich nervös geworden. Das Auseinandergehen der Meinungen der äußeren Rechten und der äußeren Linken bei den Wahlen hat eine derartig geladene Stimmung geschaffen, daß die Luft von Parteihasen und Mißtrauen geladen ist. Die Radikalen auf beiden Seiten trauen einander gegenseitig das Schlimmste zu und treffen ihre Gegenmaßnahmen, und Renommisten und Wohlwollenden auf beiden Seiten sorgen dafür, daß sich die Dinge noch viel gefährlicher anheben, als sie es augenblicklich sind. Da kommt ein U. S. P.-Antrag auf Gründung eines Ortschutzes nach den Richtlinien des Ministeriums vom 3. Mai nicht gerade zu einer Zeit, in der er geeignet wäre, das Gefühl der Sicherheit zu schaffen. Daß die Arbeiter besondere Formationen organisieren, die militärische Ausbildung zum Ziele haben, ist nicht abzulehnen. Daß es gerade 24 Kompanien sind, dürfte eine übertriebene Annahme sein. Die Frage, ob ihre Bildung nur eine Vorkehrungsmaßnahme bedeute oder ob ihr Zweck die Jagd nach Feinden ist, müßte denn derartige Dinge entwickeln sich bei Gelegenheit nachweislich sehr schnell zu Feinden, die sie kurz vorher noch nicht hatten. Man kann es deshalb den Bürgerlichen nicht verdenken, wenn sie mit Vorbehalt an die Pläne der U. S. P.-Reute im Stadtparlament herangehen, besonders wo diese Leute vor kurzem dem noch ein kräftiges „Kreuzige“ zusetzen, was sie heute mit Hochansehen als den Inbegriff der Aufrichtigkeit und fürsorglichen Aufrechterhaltung der Ruhe anpreisen. Der Vizepräsident Dr. C. Janda legte die Linke auf die Widerstände im schärfsten Maße ihrer Ansicht fest und zog für sich und seine Partei daraus die Schlußfolgerung vorläufiger Behandlung der Frage. Mit Hilfe der Mehrheitsorganisation ging der Antrag dann doch durch. Man dachte bei diesen zwar auch seine Bedenken und machte sich von den radikaleren Brüdern, die anscheinend nicht mit einer so unbegrenzten Solidaritätserklärung von vornherein gerechnet hatten, sogar den Vorwurf des Denunziationversuches machen lassen, aber schließlich war man doch einig. Das betonte wohl auch Herr Liebmann, diesmal nicht die schweren Handgranaten der Beschuldigungen und Vorwürfe im Saale herumzuwerfen. Er begnügte sich damit, einmal von der ironischen Seite zu kommen, und verweirte nach der Seite des Stads. Professor Herz bin einige saure Witzreihen.

So ging die Sache äußerlich einigermaßen gemächlich aus. Der Rat wird nun wohl mit einer Vorlage herankommen, die einen Ortschutz nach parlamentarischen Grundsätzen gebildet, möglich machen soll. Die Vorbedingung dazu ist freilich, daß erst einmal die Waffen aus den Fingern derer herauskommen, die sie heute noch unbefangt an sich halten. Eine unkontrollierbare Bewaffnung irgendwelcher Volksteile, ganz gleich, auf welcher Seite, ist eine Gefahr, und das private Waffentragen irgendwelcher Parteien, ob zur Vorhut oder zum Angriff, tut gar nichts zur Sache, treibt letzten Endes doch zum Kampfe. Deshalb ist einzig und allein die von der Regierung beauftragte Behörde die Stelle, die Waffen aufbewahren und ausgeben kann, und ehe sich nicht alles, womit man schießen oder stechen kann, in ihren Händen befindet, ist die Lösung der Ortschutzfrage und die Sorge für Ruhe und Ordnung restlos gar nicht möglich.

Am Ratstische anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kötze, Bürgermeister Dr. Weber, Polizeidirektor Dr. Kubitz und eine Anzahl Stadträte.

Den Vorsitz führt der Vorkämpfer Seger. Er eröffnet die Sitzung mit der Bekanntgabe einer Reihe

Eingänge

Der Eltern- und Lehrerrat der 25. Volksschule weist in einer Eingabe auf das schlechte Pflaster vor der Schule hin, wodurch beim Fahrverkehr der Unterricht gefährdet werde.

Das Lehrerkollegium der 38. Volksschule bittet um weitere Zuweisung von Mitteln zu Schulreisen. Stads. Herr nimmt sich der Eingabe an.

Alsdann wird in die Tagesordnung eingetreten. Die Eingabe des Vereins „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei“ wegen Anweisung eines Schulraumes oder Schulhofes als Spielplatz wird dem Ratsrat der Erwägung überwiesen.

In der Rücksicherung des Rates betreffend die Erhöhung des Jahresbeitrages der städtischen Schulspargkassen besuchenden Kinder auf 5.40 M. hat die Schulaufsicht beantragt, bei dem ablehrenden Beschlusse vom 14. April d. J. stehenzubleiben und den Rat zu ersuchen, auch das jetzt erhobene Anrechtgeld von 1.40 M. wegzulassen zu lassen.

In der Aussprache bemerkt Stads. Rilling (U. S. P.), daß die ungenügende Behandlung nicht so bewertet werde wie die bei Zahlung eines Beitrages, der doch so niedrig sei, daß er auch von Kinderbewerksstellern bezahlt werden könne. Coentuell könne auf Besuch und Befürwortung ungenügender Behandlung gewirkt werden.

Stads. Fr. Sander (Dem.) bestärkt die Bezahlung der Anrechtsharte. Der kleine Betrag von 5.40 M. habe in keinem Verhältnis zu der Behandlung und der bedeutenden Mißbezahlung.

Stads. D. Jeremias (Deutschnat.): Wenn wir den Ausschuss annehmen, würde der Rat gezwungen sein, die Behandlung einzustellen zu lassen; die Klinik könnte auch keine neuen Assistenten anstellen. Ich bitte daher, den Antrag abzulehnen.

Stads. Dr. K. Hermann: Die Klinik war im Jahre 1911 von 11329 Kindern besucht. Wenn mehrere Bezirke eingestellt werden könnten, würde der frühere Besucherstand von 25000 erreicht und die Einnahmen jährlich rund 100000 M. betragen. Nur durch Reueinstellung von Ärzten kann der Besuch der Klinik gehoben werden.

Weiter sprechen zu der Vorlage Stads. Freitag (Unabh.) und Oberbürgermeister Dr. Kötze, der dringend bittet, der Vorlage zuzustimmen. Wenn die Mittel für die Klinik verweigert würden, ginge diese zugrunde, während doch Rat und Kollegium eine Erweiterung wünschten. Gemüßigt man die Mittel nicht, so könnten eben keine neuen Assistenten eingestellt werden.

Vizepräsident Pollender (Mehrheitslog.) betont, daß es Pflicht der Stadtverwaltung ist, daß der Betrieb der Schulspargkassen unter allen Umständen erweitert wird, gleichviel, ob die Vorlage angenommen wird oder nicht.

Stads. D. Jeremias (Deutschnat.): Durch die Verweigerung der Mittel wird die Entwicklung der Schulspargkassen nur gehemmt.

Stads. Fr. Sander (Dem.) stellt den Antrag: Der Ratsvorlage zustimmen unter der Bedingung, daß auf die Anrechtsharten freie Straßenbahnfahrten nach der Klinik gewährt wird.

Stads. Heinze (U. S. P.): Die Bezahlung der Behandlung macht diese sicher wertvoller.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Ausschusses mit 36 gegen 31 Stimmen angenommen. Damit erledigten sich die übrigen Anträge.

Die Vorlage auf Nachbewilligung von 10746 M. zur Einrichtung des Werkunterrichts in der 22., 23. und 24. Volksschule sowie zur Beschaffung eines Lichtspielapparates nebst Funkeninduktors für die 24. Volksschule fand Zustimmung.

Weiter wurden 5500 M. für Verbesserung der Heizungsanlagen in der 49. Volksschule bewilligt.

Zustimmung fand auch die Vorlage auf Bewilligung von 7201 M. als Erlös für im Hermannhaus in L.-Südstr. durch Diebstahl abhandeln gekommene Kleidungsstücke.

Wiedereröffnung von Bädern.

Die Wiedereröffnung des Volksbades in Westen und der Badesaale in L.-Dahl. sowie Einstellung der bestehenden Einnahmen, ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben fand Zustimmung.

Zu der Vorlage auf Errichtung einer Klein-Wasserversorgungsanlage für die Gaswerke L.-Lindenaue und L.-Südstr. fand Zustimmung von 35000 M. hierzu aus städtischen Mitteln der Gaswerke und Unterwerfung der beiden Anlagen der Sonderabrechnung von 3 Prozent im Jahre neben der normalen Abrechnung hatten die Ausschüsse Zustimmung beantragt, und es wurde demgemäß beschloffen.

Mit der Verlegung der Sparkassentelle L.-Connewitz nach dem Grundstück Pegauer Straße 17 und Bewilligung von 11700 M. für Neubereitungen usw. erklärte sich das Kollegium einverstanden.

Die Stimmvermögensabschlüsse auf die Jahre 1912 bis 1915 und Inventuren für 31. Dezember 1912 bis 1915 wurden richtiggeprüft.

Gründung eines Ortschutzes.

Es liegt ein Antrag des Stads. Schöning und Genossen folgenden Wortlauts vor:

Das Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, den Stadtverordneten die Vorlage zu unterbreiten über die Gründung eines Ortschutzes nach den Richtlinien des Ministeriums vom 3. Mai 1920. Die Vorlage muß sich auf die Bildung eines Vertrauensausschusses nach Punkt 3 der ministeriellen Richtlinien erstrecken.

Stads. Schöning (U. S. P.) spricht zunächst ausführlich über die gesetzlichen Bestimmungen über Auflösung der Zeitfreiwilligen usw. Die Zeitfreiwilligen seien nur so-mit aufgelöst. In irgendeiner Form beständen sie aber noch und seien auch bewaffnet. Es müsse nun eine Organisation geschaffen werden, die wirklich unparteiischen Schutz biete. In Chemnitz und Jena habe ein derartiger Schutz Unzufriedenheiten im März verhindert. Redner polemisiert gegen die „Freie Presse“, die ein bürgerliches Blatt sei und Nachrichten über bewaffnete Arbeiterorganisationen verberge und damit Verwirrung schaffe. In diesen Bereichen sei nichts Wahres. Eine Ortschutzorganisation nach dem Antrage würde wieder Ruhe schaffen.

Stads. Dr. C. Janda (Dem.) führte dann folgendes aus: Als ich neulich vom dem Antrage erfuhr, der soeben begründet worden ist, war ich aufs höchste erstaunt. Ich glaube mich erinnern zu können, einen Artikel in der „Volkszeitung“ gelesen zu haben, in dem die Schale des Spottes über diese Richtlinien zur Bildung des Ortschutzes ausgegossen wurde. Meine Erinnerung war richtig, und ich habe die betr. Nummer der „Volkszeitung“ wieder herausgefunden. Der Artikel ist am 18. Mai erschienen. Dr. Janda verliest den Artikel, in dem die Organisation ein Aufgebot freiwilliger Nachschützer und die Organisation reaktionär genannt wird. Und heute der Antrag der U. S. P. wegen Gründung eines Ortschutzes nach eben diesen Richtlinien.

Wer gestern sich so ausspricht, wie dies in dem zitierten Artikel geschehen, dem soll man heute trauen, wenn er das Gegenteil kundgibt? Es ist erstaunlich, daß Sie uns für so barlos halten. Wenn wir seinerzeit der Gründung einer Einwohnerverschutzkommission zustimmen, so haben wir keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir von einer rein parteilichen Zusammensetzung ausgegangen sind, die wir für möglich hielten. Die Ereignisse haben damals alles über den Haufen geworfen, und Ihr wahres Gesicht ist zum Vorschein gekommen. Auch heute ist es noch daselbe. Es leuchtet hervor aus dem Artikel vom 18. Mai, und heute binden Sie sich eine Maske vor, die aber nur allzu durchsichtig ist. Sie glauben jetzt in Ihrer Organisation so weit zu sein, daß Sie das Instrument des Ortschutzes zu Ihrem Werkzeug machen können, und glauben ohne Schaden für Ihre Zwecke zu nehmen. Nicht nur tiefes Mißtrauen gegen Ihren Antrag muß uns erfüllen, sondern wir sind gewiß, daß Sie eine Verleumdung betreiben. Und darum lehnen wir es ab, auf diese Brücke zu treten. Wir bedauern, daß wir uns zu einer von der Regierung sicher gutgemeinten Maßnahme ablehnend verhalten müssen, aber sie ist voraus, daß von beiden Seiten der gute Wille in sie hineingetragen wird, und der ist bei Ihnen nicht vorhanden. In der Bildung der Arbeiterkompanien, die ja schon allgemein bekannt war, aber nur sehr beschränkt. Welche durch General Senft in das Licht der Öffentlichkeit gestellt ist, liegt eine ungeheure Prookulation der nach Ruhe sehenden Gesamtbevölkerung und ein verhängnisvolles Spiel mit dem Feuer. Die Ungeheuerlichkeit der Handlungswelt ist festgelegt. Auch hier ist es nur eine Maske, wenn Sie sagen, Sie befinden sich im Verteidigungszustande. Das ist eine Unwahrheit. Zum mindesten liegen in unserer Stadt die Verhältnisse so, und das wissen Sie ganz genau, daß eine Verweigerung der legalen Sicherheitskräfte gegen die Verfassung nicht in Frage kommen kann. Und wenn Sie den unglücklichen Kapp-Putsch noch an die Wand malen, so gilt dies Ihnen nur in dem Sinne frei nach Schiller: Dieser Kapp kam uns sehr gelegen. Wir hoffen von dem gefandenen Sinn auch unserer Arbeiterschaft, wenn sich erst einmal das Ohr der Vergebung verschließt, daß alles dies doch schließlich auf Sie zurückfallen wird.

Nach den Richtlinien ist die Einrichtung des Ortschutzes Sache der Gemeinden. Meine Freunde als Gemeindevorsteher müssen aus den dargelegten Gründen für Leipzig die Zweckmäßigkeit der Einrichtung verneinen. Für die politische Sicherheit erschiene sie uns unter den leider in Leipzig obwaltenden Umständen mehr eine Gefahr als eine Förderung. Wir richten aber an die Regierung die dringende Mahnung, dem ungesunden Zustande, wie er sich in den Arbeiterkompanien darstellt, Einhalt zu tun und ihn zu bejähigen.

Was die polizeiliche Sicherheit anbetrifft, so sind wir der Meinung, daß hier die Einrichtung der sog. grünen Polizei den richtigen Weg zeigt, und wir bitten, an deren weiterem Ausbau mit Tatkraft zu arbeiten.

Stads. D. Jeremias (Deutschnat.) erklärt, sich den Ausführungen Dr. Janda voll und ganz anschließen zu können und weiß nach, daß das Zeitfreiwilligen-Regiment unter dem 10. Mai aufgelöst sei. Er widerspricht der Behauptung Schöning's, daß die Zeitfreiwilligen nur ein Instrument der Reaktion gewesen sei.

Stads. Kretschmann (Mehrheitslog.) erklärt, daß seine Fraktion dem Antrage Zustimmung erteile, obwohl der Vorkämpfer die „Freie Presse“ sogar der Denunziation beschuldigt habe.

Oberbürgermeister Dr. Kötze:

Auf die Frage, warum der Rat nach der Veröffentlichung der Richtlinien der Behörde nichts verstoßt habe, kann ich nur antworten: Die Herren werden sich erinnern, der Sitzung vom 3. Mai, in der ihr Kollegium gegen meine Stimmen den Antrag des Rats wegen Einsetzung eines gemischten Ausschusses zur Beratung der Einwohnerverschutzkommission mit der Begründung, daß dieser Ausschuss sich durch die Zeitverhältnisse überfällig gemacht habe. Wir hatten ja bereits für diese Sache einen Herrn zur selbständigen Bearbeitung bestellt; als dann das Kollegium den Antrag ablehnte, haben wir die weiteren Arbeiten eingestellt. Wenige Tage nach der Ablehnung des Antrages kamen die Richtlinien, und es war selbstverständlich, daß wir in der Sache nichts weiter zu tun hatten, wenn wir Ihren Wünschen nachkommen wollten.

Wenn wir in der Sache hätten vorgehen sollen, hätten wir Ihnen eine Vorlage auf Einsetzung des Ortschutzes in Leipzig unterbreiten müssen. Voraussetzung dafür wäre aber ein Gemeindefestbeschuß gewesen, daß eine Ortswehr gebildet werden soll. Wir haben den notwendigen Gemeindefestbeschuß bisher nicht herbeigeführt infolge Ihrer Ablehnung. Der Rat wird nun, je nachdem, ob der Antrag angenommen wird oder nicht, sich mit einer Vorlage befassen.

Stads. Herz (Dem.) wendet sich, daß Schöning sich als Schützer der Richtlinien Regierung aufspiele, der doch nach seiner ganzen Parteilichkeit ihr Feind sei. Gerade Herr Schöning habe doch in den berühmten Sicherheitskompanien eine Rolle gespielt, für die das Mitgeltend der U. S. P. als Eintrittsbedingung vorgeschrieben war, und bei denen die Führer die Massen dann ganz und gar nicht in der Hand hatten.

Stads. Dr. Kanath (U. S. P.) erklärt, daß die Arbeiterorganisation bereits die Stärke von 24 Kompanien erreicht haben solle. Einer Ortswehr, die auf diesen Kompanien aufgebaut werden solle, könne man natürlich nicht zustimmen.

Stads. Hagen (Mehrheitslog.) polemisiert lange gegen die Demokrateen und die Zeitfreiwilligen. Er hält dann mit den Kollegen von der U. S. P. eine sehr temperamentovolle Wahl-Abrechnung.

Stads. Schöning (U. S. P.) ergeht sich dann in Ausführungen über die „Gegenrevolution“. Er wolle keine einseitige Bewaffnung.

erwidert auf die Angriffe des Stads. Schöning wegen angeblicher Verbeugung der Polizei. Die Aufgaben der Polizei sind nicht angenehm. Aber dazu sind wir doch da, um dem Befehl Anerkennung zu verschaffen, und dieser Pflicht werde ich mich nicht entziehen, ungeachtet aller Angriffe. Und wenn wir hier entgegengehalten wird, daß das einseitig geschähe, so muß ich diesen Vorwurf energisch zurückweisen. Wenn die Volkszählung sagt: „Immer weitere Verhaftungen von Arbeitern“, so muß ich erwidern, daß auch hochgeachtete Staatsbeamte und Offiziere festgenommen worden sind, und noch weiter in Untersuchungshaft liegen. Ich habe keine Veranlassung, weiter darauf einzugehen. Bezüglich des gestrigen verhafteten Arbeiters habe ich festgestellt, daß er auf Ansuchen der Staatsanwaltschaft wegen versuchten Mordes festgenommen worden ist. Er hat hier in Leipzig am 17. März beim Transport eines Zeitfreiwilligen diesen aus einer Entfernung von 2-3 Meter in den Rücken geschossen. Ich werde dafür einstehen, daß nur Beschliches geschieht, und werde jeder Anzeige nachgehen, was Sie betreffen, wenn Sie will.

Stads. Dr. Kanath: Ich muß eine Tatsache richtigstellen. Damals im März haben die Führer der Zeitfreiwilligen erklärt, daß sie für Ruhe und Ordnung eintreten, das mußte man dahin verstehen, daß sie die Verfassung schützen wollten (Rufen links). Nur wenn jemand etwas anderes dahinter witterte, konnte es anders ausgefallen werden.

Stads. Liebmann (U. S. P.) sucht die Widersprüche zwischen dem Artikel der „Volkszeitung“ vom 18. Mai und dem Antrag anzudeuten. Die Bedenken der Bürgerlichen seien nur von der Sorge um die Geld- und Privilegienwirtschaft diktiert. Man rede sozial von den Arbeiterkompanien, um die Aufmerksamkeit von der Gegenseite abzuwenden.

Stads. Böner (Deutschnat.) erklärt, Polizei und Reichswehr genügt als Ortschutz.

Vizepräsident Dr. C. Janda (Dem.) stellt nochmals fest, daß die U. S. P. sich heute gegenüber dem Volkszeitungsartikel tatsächlich geändert habe.

Es sprechen noch eine Anzahl Redner. Dem Stads. Jeremias wird vorgehalten, er habe seinerzeit erklärt, daß das Bürgerium nicht so dumm sein werde, die Waffen abzugeben. Jeremias verliest sein Sitzungsprotokoll, in dem nichts davon steht, worauf Vizepräsident Pollender ihm durch Jurat vorwirft, daß das Protokoll korrigiert sei. Es kommt zu einem heftigen Streit. Aus dem Stenogramm soll später der Wortlaut nachgeprüft werden.

Der Antrag wird darauf gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien mit 35 gegen 29 Stimmen angenommen.

Stads. Böner (Deutschnat.) erklärt, Polizei und Reichswehr genügt als Ortschutz.

Vizepräsident Dr. C. Janda (Dem.) stellt nochmals fest, daß die U. S. P. sich heute gegenüber dem Volkszeitungsartikel tatsächlich geändert habe.

Es sprechen noch eine Anzahl Redner. Dem Stads. Jeremias wird vorgehalten, er habe seinerzeit erklärt, daß das Bürgerium nicht so dumm sein werde, die Waffen abzugeben. Jeremias verliest sein Sitzungsprotokoll, in dem nichts davon steht, worauf Vizepräsident Pollender ihm durch Jurat vorwirft, daß das Protokoll korrigiert sei. Es kommt zu einem heftigen Streit. Aus dem Stenogramm soll später der Wortlaut nachgeprüft werden.

Der Antrag wird darauf gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien mit 35 gegen 29 Stimmen angenommen.

Stads. Böner (Deutschnat.) erklärt, Polizei und Reichswehr genügt als Ortschutz.

Vizepräsident Dr. C. Janda (Dem.) stellt nochmals fest, daß die U. S. P. sich heute gegenüber dem Volkszeitungsartikel tatsächlich geändert habe.

Es sprechen noch eine Anzahl Redner. Dem Stads. Jeremias wird vorgehalten, er habe seinerzeit erklärt, daß das Bürgerium nicht so dumm sein werde, die Waffen abzugeben. Jeremias verliest sein Sitzungsprotokoll, in dem nichts davon steht, worauf Vizepräsident Pollender ihm durch Jurat vorwirft, daß das Protokoll korrigiert sei. Es kommt zu einem heftigen Streit. Aus dem Stenogramm soll später der Wortlaut nachgeprüft werden.

Der Antrag wird darauf gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien mit 35 gegen 29 Stimmen angenommen.

Stads. Böner (Deutschnat.) erklärt, Polizei und Reichswehr genügt als Ortschutz.

Vizepräsident Dr. C. Janda (Dem.) stellt nochmals fest, daß die U. S. P. sich heute gegenüber dem Volkszeitungsartikel tatsächlich geändert habe.

Es sprechen noch eine Anzahl Redner. Dem Stads. Jeremias wird vorgehalten, er habe seinerzeit erklärt, daß das Bürgerium nicht so dumm sein werde, die Waffen abzugeben. Jeremias verliest sein Sitzungsprotokoll, in dem nichts davon steht, worauf Vizepräsident Pollender ihm durch Jurat vorwirft, daß das Protokoll korrigiert sei. Es kommt zu einem heftigen Streit. Aus dem Stenogramm soll später der Wortlaut nachgeprüft werden.

Der Antrag wird darauf gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien mit 35 gegen 29 Stimmen angenommen.

Stads. Böner (Deutschnat.) erklärt, Polizei und Reichswehr genügt als Ortschutz.

Vizepräsident Dr. C. Janda (Dem.) stellt nochmals fest, daß die U. S. P. sich heute gegenüber dem Volkszeitungsartikel tatsächlich geändert habe.

Es sprechen noch eine Anzahl Redner. Dem Stads. Jeremias wird vorgehalten, er habe seinerzeit erklärt, daß das Bürgerium nicht so dumm sein werde, die Waffen abzugeben. Jeremias verliest sein Sitzungsprotokoll, in dem nichts davon steht, worauf Vizepräsident Pollender ihm durch Jurat vorwirft, daß das Protokoll korrigiert sei. Es kommt zu einem heftigen Streit. Aus dem Stenogramm soll später der Wortlaut nachgeprüft werden.

Der Antrag wird darauf gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien mit 35 gegen 29 Stimmen angenommen.

Stads. Böner (Deutschnat.) erklärt, Polizei und Reichswehr genügt als Ortschutz.

Vizepräsident Dr. C. Janda (Dem.) stellt nochmals fest, daß die U. S. P. sich heute gegenüber dem Volkszeitungsartikel tatsächlich geändert habe.

Es sprechen noch eine Anzahl Redner. Dem Stads. Jeremias wird vorgehalten, er habe seinerzeit erklärt, daß das Bürgerium nicht so dumm sein werde, die Waffen abzugeben. Jeremias verliest sein Sitzungsprotokoll, in dem nichts davon steht, worauf Vizepräsident Pollender ihm durch Jurat vorwirft, daß das Protokoll korrigiert sei. Es kommt zu einem heftigen Streit. Aus dem Stenogramm soll später der Wortlaut nachgeprüft werden.

Der Antrag wird darauf gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien mit 35 gegen 29 Stimmen angenommen.

Stads. Böner (Deutschnat.) erklärt, Polizei und Reichswehr genügt als Ortschutz.

Vizepräsident Dr. C. Janda (Dem.) stellt nochmals fest, daß die U. S. P. sich heute gegenüber dem Volkszeitungsartikel tatsächlich geändert habe.

Es sprechen noch eine Anzahl Redner. Dem Stads. Jeremias wird vorgehalten, er habe seinerzeit erklärt, daß das Bürgerium nicht so dumm sein werde, die Waffen abzugeben. Jeremias verliest sein Sitzungsprotokoll, in dem nichts davon steht, worauf Vizepräsident Pollender ihm durch Jurat vorwirft, daß das Protokoll korrigiert sei. Es kommt zu einem heftigen Streit. Aus dem Stenogramm soll später der Wortlaut nachgeprüft werden.

Donnerstag, 17. Juni 1920

Leipziger Tageblatt

Die neuprojen

a) Jeder Wohn- oder Diebstahl...

b) Der Vorkämpfer...

c) Der Vorkämpfer...

d) Der Vorkämpfer...

e) Der Vorkämpfer...

f) Der Vorkämpfer...

g) Der Vorkämpfer...

h) Der Vorkämpfer...

i) Der Vorkämpfer...

j) Der Vorkämpfer...

k) Der Vorkämpfer...

l) Der Vorkämpfer...

m) Der Vorkämpfer...

n) Der Vorkämpfer...

o) Der Vorkämpfer...

p) Der Vorkämpfer...

q) Der Vorkämpfer...

r) Der Vorkämpfer...

s) Der Vorkämpfer...

t) Der Vorkämpfer...

u) Der Vorkämpfer...

v) Der Vorkämpfer...

w) Der Vorkämpfer...

x) Der Vorkämpfer...

y) Der Vorkämpfer...

z) Der Vorkämpfer...

Handels-Zeitung

Abschluß der Disconto-Gesellschaft

Gestern fand die Sitzung des Aufsichtsrates der Disconto-Gesellschaft statt, in der über die Ergebnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres berichtet wurde.

Dividende von 10 (l. v. 9) Pros.

In Vorschlag zu bringen. In der Gewinn- und Verlustrechnung sind auch diesmal wieder keine genauen Ziffern des Abschlusses der Filiale in London enthalten, sondern sie sind wieder auf Grund der sich aus den Büchern für das Rechnungsverhältnis mit der Filiale ergebenden Grundlagen berechnet worden.

Table with 5 columns: Item, 1919, 1918, 1917, 1916, 1915. Rows include Wechsel und Zinsen, Kupons, Provision, Effekten, Norddeutsche Bank, A. Schaaffhaus Bankverein, Dauernde Beteiligungen, Vortrag.

Reingewinn 128 648 72 116 66 435 89 880 40 488

Reingewinn von 58 508 529 (l. v. 52 016 618) M.

Hieron werden 81 000 000 (27 900 000) M zur Zahlung der 10- (9-)prozent. Dividende benötigt. Des weiteren wird folgende Verteilung vorgeschlagen: 5 954 420 (2 865 789) M Gewinnanteil an die Geschäftsleiter usw.

Daß der Abschluß für 1919 den des Vorjahres nicht unerblich überlegen würde, war voraussehen. Er übertrifft den von 1917, der einen Rekordabschluß bildete, in vielen Punkten.

Die Hauptposten der Bilanz betragen, verglichen mit denen der beiden letzten und dem ersten Kriegsjahr sowie dem letzten Vorkriegsjahr (alles in 1000 Mark):

Table with 5 columns: Aktiva, 1919, 1918, 1917, 1916, 1915. Rows include Kasse, Sorten u. Abrechnungen, Wechsel und Schecks, Bankguthaben, Reports u. Lombards, Warenvorräte, Eigene Wertpapiere, Konsortial-Beteilig., Norddeutsche Bank, A. Schaaffhaus B., Dauernde Beteilig., Schuldner, Einrichtung, Bankgebäude, Sonst. Liegenschaft, Passiva, Kommanditkapital, Reserven, Gläubiger, Akzeptie u. Schecks.

In der Bilanz erscheinen als weitaus größter Passivposten Kreditoren mit 8,19 (8,05) Milliarden Mark. Mehr als das Achtfache (im Vorjahre mehr als das Achtfache) des Gesamtvermögens von Kommanditkapital und Reserven standen also an fremden Geldern am Jahreschluß der Disconto-Gesellschaft zur Verfügung.

halbe Milliarde, nämlich auf 716,86 Mill. Mark angeschwollen, während sich die Guthaben bei anderen Banken weit mehr als verdoppelt haben; sie haben sich auf 874,56 (407,05) Mill. Mark erhöht. Bei Reports und Lombards zeigt es sich, daß die Bank angesichts der aufblühenden Börsenspekulation stark gebremst hat, denn diese haben sich um Zweidrittel ihres Betrages, den sie 1917 ausmachten, auf 99 Mill. Mark vermindert.

Um noch ein kurzes Wort über die sogenannte Liquidität hinzuzufügen, so wäre zu bemerken, daß das Verhältnis der Verbindlichkeiten zu den raschest greifbaren Mitteln, zu denen wir Kasse, Wechsel und Schecks, Bankguthaben sowie Reports und Lombards rechnen, sich — rein rechnerisch gefaßt — etwas verschlechtert hat; und zwar wird die Relation durch 74,41 gegen vorjährige 75,96 ausgedrückt.

Wie aus unsere Berliner Handelschriftleitung drahtlich meldet, rechnet die Verwaltung im laufenden Jahre mit noch höheren Unkosten. Der Geschäftsgang wurde von der Direktion als günstig bezeichnet, wenn auch das Effektoverhältnis an Lebhaftigkeit nicht unbedeutend nachgelassen habe.

Oesterreichisch-Ungarische Bank. Der Generalrat hat beschlossen, die Entscheidung über den Einspruch der tschechoslowakischen Regierung wegen Auszahlung der restlichen Dividende von 42 Kronen für das Jahr 1919 einem, im Einvernehmen mit der tschechoslowakischen Regierung, zu bildenden Schiedsgericht zu überantworten.

Die Allgemeine Elbäisische Bankgesellschaft in Straßburg läßt in einer Generalversammlung über eine Kapitalerhöhung um 20 Mill. Franken beschließen. Die neuen Aktien sind für jene Zeichner bestimmt, die bei der jüngsten Kapitalvermehrung um 20 Mill. Franken nicht berücksichtigt werden konnten.

„Securitas“, Versicherungs-Akt.-Ges., in Bremen. Wie aus von maßgebender Stelle mitgeteilt wird, hat der Umstand, daß auf Wunsch der Bremer Interessenten die „Securitas“, Versicherungs-Akt.-Ges., in Bremen das direkte Feuerversicherungs-geschäft aufnehmen wird, den Anlaß dazu gegeben, daß die dem Aufsichtsrat der „Securitas“ angehörenden Mitglieder der Mutzenbecher Gruppe mit Rücksicht auf ihr Rückversicherungs-Interesse im Feuergeschäft aus dem Aufsichtsrat der „Securitas“ ausscheiden werden.

Union, Allgemeine Versicherungs-Akt.-Ges., zu Berlin. Das Institut schließt mit einem Verlust von 715 516 M ab, so daß eine Dividende diesmal nicht gezahlt werden kann. In den letzten sechs Jahren wurden je 10% Proz. verteilt. In 1918 betrug der Gewinn 488 712 M.

Deutsche Rückversicherungs-Akt.-Ges. in Düsseldorf. Die Generalversammlung setzte die sofort zahlbare Dividende auf 25 M pro Aktie fest. Die Verwaltung teilte mit, daß sie mit Vertrauen in die Zukunft blicke und erinnerte daran, daß die Prämien-einzahlungen im Jahre 1911 8,3 Mill. Mark betragen und im letzten Geschäftsjahre auf über 46 Mill. Mark angewachsen seien.

Rheinisch-Sächsische Versicherungs-Akt.-Ges. in Düsseldorf. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 10 M pro Aktie fest. Ueber die Aussichten wurde nichts gesagt.

Neue französische Anleihe. Nach dem „Journal“ ist es höchstwahrscheinlich, daß zur Tilgung der schwerenden Schuld und zur Zurückzahlung der Vorschüsse an die Banque de France demnächst eine neue französische Anleihe ausgeben wird. Man spricht von einer Sprok. Prämienanleihe und auch von der gleichzeitigen Anlegung einer Sprok. Anleihe ohne Prämien.

Deutsche Kohlenlieferungen für Holland. Die holländische Regierung hat der II. Kammer einen Antrag auf Abschluß eines neuen Wirtschaftsabkommens mit Deutschland unterbreitet. Danach verpflichtet sich Deutschland durch 4 Jahre hindurch jährlich 60 000 Tonnen Ruhrkohle zu liefern. Für diese Kohle wird ein Preis bezahlt, der dem Durchschnittspreis der Cif Rotterdam für die nach Holland gehende englische und amerikanische Kohle entspricht; ferner wurde abgemacht, daß die Kohle durch holländische Staatsbahnfahrzeuge von den deutschen Bergwerken abgehahren wird. Deutschland erklärt sich mit diesen Bedingungen auch damit einverstanden, daß sie auf deutschem Gebiete in der Nähe der niederländischen Grenze gelegenen Kohlenfelder der niederländischen Gesellschaft für den Betrieb von Kohlenzechen für Rechnung einer von Holland zu errichtenden Gesellschaft aufgeschlossen werden sollen, für den Fall, daß man in Holland den Bau derartiger Schachtanlagen als wünschenswert betrachten sollte.

Niederländischer Kohlenwerke, Akt.-Ges. Der Aufsichtsrat beantragt die Verteilung einer Dividende von 12 (l. v. 10) Pros. aus einem Betriebüberschuß von 10,4 (8,51) Mill. Mark, bei Abschreibungen von 4 (2,9) Mill. Mark. Auf neue Rechnung kommen 74 428 (42 27) M.

Böhmischer Braunkohlenwerke, Akt.-Ges., in Rositz. Im Prospekt über die jungen Aktien wird ausgeführt, daß das Geschäft sich in den ersten 9 Monaten des laufenden Jahres günstiger als im Vorjahre gestaltet habe.

Die Kaliverhandlungen mit Amerika sind wegen der unsicheren politischen Verhältnisse vorläufig unterbrochen worden, doch sollen sie in nächster Zeit wieder aufgenommen werden.

Akt.-Ges. für Kohlenverteilung in Liqa. In Düsseldorf. Für 1919 ergab sich ein Verlust von 863 718 (l. v. 825 882) M, der auf Kapitalkonto übertragen wird, das sich dadurch auf 1 227 294 M ermäßigt.

auf Kapitalkonto übertragen wird, das sich dadurch auf 1 227 294 M ermäßigt.

Holzverleihungs-Industrie, Akt.-Ges., in Konstanz. Aus einem Reingewinne von 5 966 600 (l. v. 1 447 081) M soll eine Dividende von 15 (5) und 5 (0) Proz. Bonus verteilt werden.

Accumulatorenfabrik Berlin und Hagen i. W. Der Aufsichtsrat beantragt die Verteilung einer Dividende von 17 (l. v. 20) Proz. Außerdem schlägt er eine Kapitalerhöhung um 8 auf 20 Mill. Mark vor. Von den neuen, ab 1. Januar 1920 dividendenberechtigten Aktien soll die Hälfte den alten Aktionären zu 115 Proz. zum Bezuge angeboten werden. Der Rest dient in der Hauptsache zum Eintausch gegen Aktien anderer angestrebter Gesellschaften.

Alexanderwerk A. v. d. Nahmer, Akt.-Ges., in Remscheid. Im Prospekt über die jungen Aktien wird berichtet, daß sich der Geschäftsgang bisher sehr lebhaft angelesen habe. Der Umsatz sei im neuen Jahre gegenüber dem Vorjahre erheblich gestiegen, so daß wieder ein günstiges Ergebnis zu erwarten sei.

„Archimedes“, Akt.-Ges. für Stahl- und Eisenindustrie, in Berlin und Breslau. Im Prospekt über 1 600 000 M neuer Aktien bemerkt die Gesellschaft u. a., daß sie in allen ihren Betrieben sehr gut beschäftigt ist und auch im laufenden Geschäftsjahre auf einen angemessenen Gewinn (l. v. 15 Proz. Dividende) hoffe.

Akt.-Ges. für Federstahl-Industrie vorm. A. Hirsch in Cassel. Die Generalversammlung beschloß eine Dividende von 15 (8 Proz. und Bonus von 100 M) Proz., davon 10 Proz. in Kriegsanleihe. Die Aussichten der Gesellschaft und Tochtergesellschaft Hasia, Gas- und Elektrizitäts-Betriebe G. m. b. H. in Cassel, werden als gut bezeichnet. Die Auftragsbestände sichern der Gesellschaft Beschäftigung für viele Monate.

Sächsische Kammgarn-Spinnerei in Harthau. Die Gesellschaft hat am Dienstag, den 15. d. M., ihren Betrieb stillgelegt, weil es ihr nicht gelungen ist, die zum Betriebe notwendige Kohlenmenge herbeizuschaffen.

Die neue photographische Gesellschaft in Berlin-Steglitz bleibt wieder dividendenlos. Nach Tilgung der Unterbilanz aus 1918 von 172 116 M verbleibt ein Reingewinn von 6820 M, der zu Rückstellungen und zum Neuvortrag verwendet wird.

Akt.-Ges. Norddeutsche Steingutfabrik in GroB-Vegesack. In der Generalversammlung, die die Regularien genehmigte und Dr. Strube-Bremen und Bankier Schlingens-Berlin neu in den Aufsichtsrat berief, wurde mitgeteilt, daß man bei gutem Absatze wieder ein befriedigendes Resultat zu erzielen hoffe.

Zuckerraffinerie Altjauer. Die Generalversammlung genehmigte die Verdoppelung des Aktienkapitals auf 3 Mill. Mark und die vorgeschlagenen Statutenänderungen; ferner wählte sie Bankdirektor Dr. Felix Theusner neu in den Aufsichtsrat.

Engelhardt-Brauerei in Berlin. In der außerordentlichen Generalversammlung der Dortmunder Westfalia-Brauerei wurde die Verschmelzung mit der Engelhardt-Brauerei auf der bekannten Grundlage von 2000 M Engelhardt-Aktien für 3000 M Westfalia-Aktien genehmigt.

Breslauer Spiritfabrik, Akt.-Ges., in Breslau. Nach der „B. Z.“ am Mittag“ konnte die Gesellschaft ihre polnischen Besitzungen, bestehend aus zwei Spiritfabriken, Lagerräumen usw., für 27 Mill. polnische Mark verkaufen.

Erhöhung der Kihfrachten. Infolge des niedrigen Wasserstandes usw. wurden die Frachttarife auf der mittleren Elbe um 21 Pfennig und auf der oberen Elbe um 7 Pfennig ab 15. Juni heraufgesetzt.

Dividendenerklärungen

Baumwollweberei Mittweida, Akt.-Ges., in Mittweida 10 (l. v. 8) Proz. und 10 (0) Proz. Bonus.

C. A. Roscher Nachfolger, Akt.-Ges., in Markersdorf Ben. Leipzig 15 (5) Proz.

Eisenbahn-Signal-Bauanstalt vorm. Max Jüdel & Co., Akt.-Ges., in Braunschweig 4 (l. v. 12) Proz.

Sprengstoffwerke Dr. R. Nahnes, Akt.-Ges., in Hamburg 10,5 (l. v. 10,02) Proz.

Altenburger Bankverein 5 (l. v. 6) Proz.

Albis, Versicherungs-Akt.-Ges. in Hamburg 5 (l. v. 6) Proz.

Devisenmarkt.

ap Kursbewegung ausländischer Zahlungsmittel. In Düsseldorf notierten gestern mittig Holländer 1475, Franzosen 310, Belgier 326, Engländer 161, Dollar 41.

Zürich, 16. Juni. Berlin 18,85, Wien 8,75, Prag 12,80, Holland 100%, New York 552,00, London 21,79, Paris 48,00, Italien 91,55, Brüssel 44,00, Kopenhagen 98,50, Stockholm 120,00, Christiania 98,00, Madrid 91,40, Buenos Aires 255,00.

Marktblätter

- 21. Juni. Dittmann-Neubaus & Gabriel-Bergenthal, Akt.-Ges., Ord. 11 1/2 Uhr in Wien. — Sächsische Bank, Ord. 11 1/2 Uhr in Dresden. — Deutsches Kabelwerk, Akt.-Ges., in Cassel (Abschl. des Besorgenen). — Leipziger Spiritfabrik, Aufb. Ord. 11 Uhr in Leipzig. — Verwalt. des Reichsmunitionverwalt. 10 1/2 Uhr in Leipzig. — Jute-Spinnerei, Aufb. Ord. (Kapitalerhöhung) 12 Uhr in Bremen.

Marktblätter

ad Vom Rohgummimarkt. Auf dem Londoner Rohgummimarkt zeigte die folgende Pflanzungsgewinnerte den besten Umsatz Stand. Das Jahres Ende Mai mit 1/10%, und es hat sich auch im laufenden Monat ergeben, was schwer zu unter dem herrschenden Verhältnissen sein. Die Lage auf dem Rohgummimarkt der Nordsee lautet am 11. d. M. wieder 1/10%. Die Lage auf dem Rohgummimarkt der Nordsee lautet am 11. d. M. wieder 1/10%. Die Lage auf dem Rohgummimarkt der Nordsee lautet am 11. d. M. wieder 1/10%.

Die künftige Entwicklung der Rohgummilieferung bzw. die Verteilung des Interesses wird sehr wahrscheinlich nicht mehr in dem Maße wie im letzten Jahre sein. Die amerikanische Gesamtproduktion im Jahre 1919 wird auf 1 200 000 (davon Pflanzungsgewinnerte 300 000), 1920 = 1 400 000 (davon Pflanzungsgewinnerte 350 000), 1921 = 1 600 000 (davon Pflanzungsgewinnerte 400 000), 1922 = 1 800 000 (davon Pflanzungsgewinnerte 450 000) Tonne angesetzt. Die letzten beiden Angaben sind sehr ungewiss, da die Pflanzungsgewinnerte keine Möglichkeit haben, den Weltmarkt gegen die Naturerzeugnisse abzusichern.

Die künftige Entwicklung der Rohgummilieferung bzw. die Verteilung des Interesses wird sehr wahrscheinlich nicht mehr in dem Maße wie im letzten Jahre sein. Die amerikanische Gesamtproduktion im Jahre 1919 wird auf 1 200 000 (davon Pflanzungsgewinnerte 300 000), 1920 = 1 400 000 (davon Pflanzungsgewinnerte 350 000), 1921 = 1 600 000 (davon Pflanzungsgewinnerte 400 000), 1922 = 1 800 000 (davon Pflanzungsgewinnerte 450 000) Tonne angesetzt. Die letzten beiden Angaben sind sehr ungewiss, da die Pflanzungsgewinnerte keine Möglichkeit haben, den Weltmarkt gegen die Naturerzeugnisse abzusichern.

Frankfurter Eisenindustrie vom 15. Juni. Die Firma Gebr. Neumann hat folgende Resultate erzielt:

Table with 5 columns: Item, 1919, 1918, 1917, 1916, 1915. Rows include Metallurgie, Eisen, Stahl, etc.

Von der gestrigen Berliner Preisnotizen wurde gemeldet: Am Produktionsmarkt hat sich die vorgewirkte Abwärtsbewegung der Metallpreise ein mäßiger Rückgang ein. Das Geschäft in Stahl ist sehr in Ungewissheit. Für Eisenindustrie zeigt sich keine Aussicht auf einen Besseren Lauf. Auch Braunkohle war kaum zu verkaufen. Es zeigt sich in einer sehr milden, neuen Witterung wurde mit ca. 18 M. Kassen mit ca. 20 M. vorgelagert abgekauft. Es ist gar weiter im Preise nach.

Amstelsche Eisenindustrie inländischer Stahl für 1919 ist in Markt. In der 1. Jahreshälfte 1919, auf Akt. ab Abblösetarife 2220-2300. — Belegat.

